

Immer mehr Opfer erheben **schwere Vorwürfe**

Sex und Gewalt auf Maturareise: Erste Festnahme



Foto: Daniel Scharinger, Symbolbild

Dienstag, 13. Juli 2021

€ 1,50

BERICHT SEITEN 14/15

**Kronen
Zeitung**
UNABHÄNGIG

Wien Krone

krone.at Ausgabe Nr. 21.996
Wien 1190, Muthgasse 2, ☎ 05 7060-0
Abonnement-Service: ☎ 05 7060-600

SORGEN DER ÖSTERREICHER
Angst vor Klimakrise
und Pflegenotstand

SEITEN 2/3

AUSGEDORRTE WIESEN
So vernichtet Hitze
das Grün in Wien

SEITE 25

ALS BABYMÖRDER IN U-HAFT
Unschuldiger zeigt
Justiz-Lücken auf

SEITE 28



Die Impfung als Lachnummer

EIN WITZ, ein Scherz – vergessen ist der Schmerz! Davon sind die Clowns Igor und Albert von den Roten Nasen überzeugt. Deshalb touren sie zweimal die Woche durch das Austria Center und erheitern frisch geimpfte Wienerinnen und Wiener. Die „Krone“ hat sie begleitet. SEITE 27

Foto: Groh



Foto: Heinschink HBF

SELBSTVERSUCH IM SIMULATOR

Die „Krone“ im Eurofighter-Cockpit

Wie die besten Piloten des Landes für ihre Missionen trainieren

SEITEN 12/13

ANZEIGE

JETZT ZU GEWINNEN:

**26
MIO**

ERWARTETE
GEWINNSUMME

**EURO
MILLIONEN**

spiele-mit-verantwortung.at

ANZEIGE

TAXI APP TAXI 40100
EUROPAWEIT

✓ **SAFE TAXI**
MIT TRENSCHUTZWAND

✓ **GREEN TAXI**
MOBILITÄT UMWELTSCHONEND

✓ **BOTEN TAXI**
BOTENFAHRTEN NON-STOP

U.V.M!



➤ Große Umfrage, worauf sich Regierung & Co. jetzt konzentrieren sollten ➤ Sorge

Studie: Politik soll sich um Klima

Endlich die längst versprochene Pflegereform, Maßnahmen gegen den Klimawandel – und Vorbereitungen, um einen weiteren Lockdown verhindern zu können: Das ist es, was sich die Leute laut einer großen Umfrage des Karmasin-Instituts jetzt von der Politik erwarten.

Eineinhalb Jahre war die heimische Politik getrieben von den Verwerfungen der Corona-Krise; diese ist ge-



Neben längst überfälligen Themen wollen 55 Prozent Vorbereitungen auf eine mögliche Corona-Welle sehen.

Meinungsforscherin
Sophie Karmasin



Foto: SEPA-Media | Michael Indra

sundheitspolitisch zwar noch nicht überstanden, doch langsam, aber sicher bleibt mehr Raum für Themen fernab der Pandemie.

Und laut einer Umfrage des Karmasin-Instituts für Meinungsforschung sind es die systemischen Großbaustellen schlechthin, derer sich die Regierung jetzt annehmen soll: Mehr als die Hälfte der Befragten wünscht sich nach Jahren der Ankündigung eine Pflegereform – die im Übrigen

auch Türkis-Grün versprochen hat. Ähnlich häufig eingemahnt wurden bei der Umfrage Maßnahmen gegen die Klimakrise.

Und auch die Pandemie besorgt die Leute noch: Rund jeder Zweite wünscht sich nun Vorbereitungen, um eine mögliche nächste Corona-Welle ohne Lockdown zu überstehen. Dies sei „geprägt von den Fehlern aus dem letzten Herbst, als plötzlich alle überrascht schienen, dass Corona zurückkommt“. Zuckerln für Impf-Muffel sind dabei allerdings nicht gerade angesagt: Nur ein Viertel der Befragten wünscht sich „Maßnahmen und Anstrengun-

gen, damit sich noch mehr Menschen impfen lassen“.

Ein anderes Top-Thema des vergangenen Jahres flaut laut Ex-Ministerin Karmasin unterdes langsam ab: Ein Weiterführen des nun endenden Ibiza-U-Ausschusses hat nur für jeden Vierten Priorität, rund 40 Prozent wünschen sich jedoch eine „Stärkung des Rechtsstaates“. Und in puncto Migration verschafft die Umfrage eher Hardlinern Rückenwind: Nur jeder Zehnte goutiert das SPÖ-Ansinnen, den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu erleichtern – dreimal so viele wünschen sich hingegen mehr Härte in Migrationsfragen. **KK**

➤ Regierung kündigte neues Gesetz im Februar an ➤ Aber ÖVP

Glücksspielreform lässt



Foto: www.picturedesk.com/GAETAN BALLY / Keystone / picturedesk.com

➤ Viele Absagen

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss muss in seiner letzten Befragungsrunde am Donnerstag auf zahlreiche wichtige Personen verzichten. Von fünf geladenen Auskunftspersonen haben nur zwei zugesagt, unter ihnen Ex-FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache. Und bei den Abgeordneten fehlen einige wegen einer Corona-Infektion.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Österreich wurde letztlich nur vom Europameister besiegt. Wir sind daher ein würdiger Vize-Europameister.

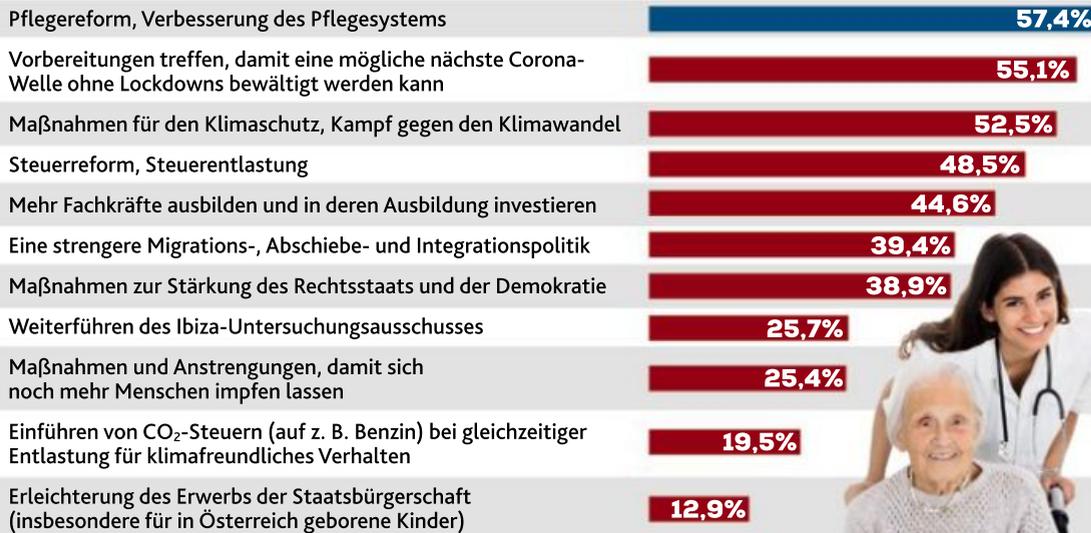


Wie hoch dürfen die Einsätze sein? Darüber sind sich ÖVP und Grüne nicht einig.

vor Klimakrise und Pflegenotstand ➔ Harte Linie bei Migration

und Pflege kümmern

Was die Politik jetzt angehen soll



Krone KREATIV
Quelle: Karmasin Research & Identity
Foto: stock.adobe.com/Andrey Popov



und Grüne sind sich in wichtigen Punkten immer noch nicht einig

weiter auf sich warten

Ende Februar kündigte der Ministerrat ein neues Glücksspielgesetz an. Dieses hätte Anfang Juni unter Dach und Fach sein sollen, doch mittlerweile ist fraglich, ob es sich noch vor dem Herbst ausgeht. In wesentlichen Fragen, etwa beim Limit für Einsätze, sind ÖVP und Grüne keinen Schritt weitergekommen.

Die Grünen wollen den Mindesteinsatz beim Automaten spiel kürzen, da befürchten die Betreiber, dass dies das gesamte Geschäftsmodell kaputt macht, heißt es aus dem Finanzministerium. Bei Nina Tomaselli, der Verhandlerin der Öko-Partei, klingt das ganz anders: „Uns geht es um den Spielerschutz.“ Und nicht nur um die Einsätze, sondern auch um die Geschwindigkeit der Spiele. „Der maximale Einsatz am Automaten beträgt derzeit zehn Euro, diesen Betrag kann man jede einzelne Sekunde setzen. Das heißt, der potenzielle Verlust ist wahnsinnig hoch. Das hat mit einem sogenannten kleinen Glücks-

spiel nichts zu tun“, sagt Tomaselli. Die Grünen wollen sowohl die Summe als auch das Tempo senken. Zum Vergleich: In Deutschland liegt der maximale Einsatz pro Spiel bei 20 Cent.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Einschränkung der Werbung. Laut Finanzministerin wollen die Grünen etwa die Bandenwerbung von Glücksspielkonzernen in Fußballstadien verbieten. Dagegen protestieren die Vereine, weil zahlreiche Einnahmen wegfallen würden, so das Büro von Minister Blümel. Wenig überraschend hört sich auch das bei den Grünen komplett unterschiedlich an: Glücksspiel solle nicht mehr wie ein

Lifestyle-Produkt beworben werden, so Tomaselli. Tatsächlich ist bereits im – wenig konkreten – Ministerratsvortrag festgehalten, dass die Rahmenbedingungen für Glücksspielwerbung „in Analogie zu den Bestimmungen im Tabakgesetz“ präzisiert werden.

Eine Einigung ist derzeit nicht in Sicht. Fixiert ist jedoch die Schaffung einer unabhängigen, weisungsfreien Glücksspielbehörde.

Doris Vettermann



Uns ist der Schutz der Spieler wichtig. Ein Einsatz von zehn Euro pro Sekunde ist zu viel Geld und auch zu schnell. Das fördert den Spielrausch.

Grüne Verhandlerin
Nina Tomaselli



Foto: picturedesk.com



Moment

CONNIE BISCHOFBERGER
conny.bischofberger@kronenzeitung.at

Blinder Hass

Willkommen in dieser Welt! So lautet der Titel eines Geschenkbandes, den Caritas-Geschäftsführer Klaus Schwertner nach den Hassattacken gegen das muslimische Neujahrsbaby 2018 auf den Markt brachte. 33.000 Glückwünsche für das Neugeborene und seine Eltern. „Flowerrain“ – ein Blumenregen – als Antwort auf Hasspostings, in denen anonyme User der kleinen Asel und seiner Kopftuch tragenden Mutter das Schlimmste gewünscht hatten. Die Empörung war damals zu Recht groß. Eine 48-jährige Frau musste wegen Verstoßes gegen den Verhetzungsparagrafen ins Gefängnis.

Wenn Hass blind macht, werden manchmal sogar Kinder zur Zielscheibe. Das müssen derzeit auch Susanne Thier und Sebastian Kurz erfahren. Am Samstag gaben sie auf Facebook bekannt, dass sie bald zu dritt sein werden. Unter dem Foto des Paares in einem Kornfeld sammelten sich fast 90.000 Likes. Auch Spitzenpolitiker gratulierten – sogar der Bundespräsident freute sich über die „schöne Nachricht“. Aber bald braute sich unter den Glückwünschen ein Shitstorm zusammen. Die zynischen, nicht zitablen Kommentare wurden mittlerweile gelöscht. Bleibt die Frage, was eigentlich in Menschen vorgeht, die werdenden Eltern böse Gerüchte entgegenschleudern?

Keiner muss dem Bundeskanzler und seiner Lebensgefährtin zu ihrem privaten Glück gratulieren. Aber ein ungeborenes Kind mit Hass zu verfolgen überschreitet in jedem Fall alle Grenzen.